

Politischer Kurzbericht

Keine Tabus im ungleichen Wahlkampf

Zur aktuellen politischen Situation in der Ukraine zwei Wochen vor den Wahlen

Ralf Wachsmuth und Juri Durkot

Kiew, Oktober 2004

Der seit mehr als zwei Monaten andauernde Wahlkampf ist in die entscheidende Phase getreten. Bereits die ersten Wochen haben gezeigt, dass der Kampf um das ukrainische Präsidentenamt in diesem Jahr nicht nur mit einer besonderen Verbissenheit, sondern auch mit besonders brutalen Mitteln geführt wird. Die Nervosität auf beiden Seiten wächst an. Die Nerven liegen blank. Obwohl die Behörden und der offizielle Machtkandidat, der amtierende Premierminister Viktor Janukowitsch, öffentlich immer wieder ihr Interesse an einem fairen Wahlkampf betonen, sieht die Realität anders aus. Nationale und internationale Beobachter registrieren eine stetig zunehmende Zahl von Unregelmäßigkeiten in einem unfairen Wahlkampf. Zusätzlich besteht eine ernst zu nehmende Gefahr, dass nicht nur die Wahlen selbst, sondern auch die Stimmenauszählung nicht korrekt verlaufen werden. Der Wahlkampf entwickelt sich zunehmend von einem Kampf um die Gunst der Wähler zu einem Kampf um die Hoheit über die Stimmenauszählung. Im Gegensatz zu den klinisch toten Nachbarstaaten Russland und Weißrussland, wo die Wahlergebnisse schon vor dem Wahlgang bekannt gegeben werden könnten, ist der Wahlausgang in der Ukraine zumindest im Augenblick immer noch offen.

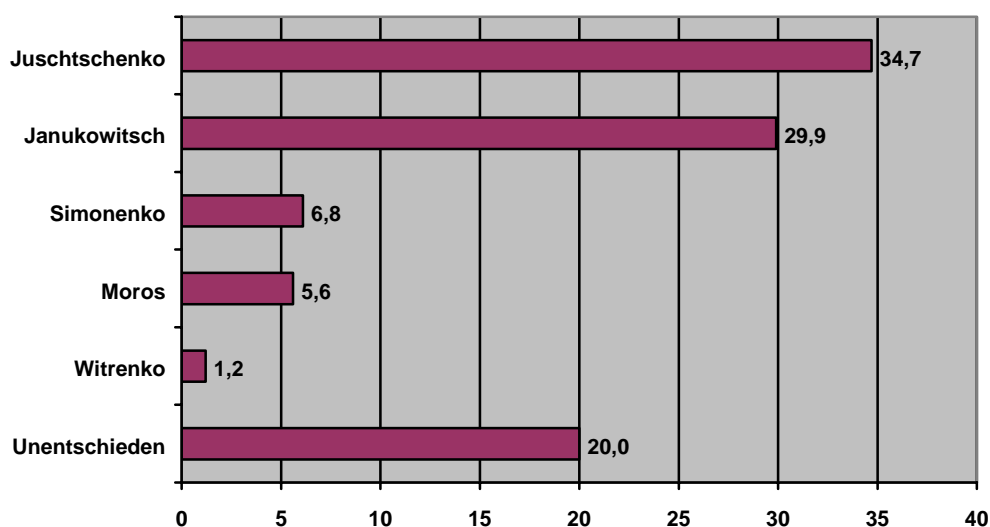
Juschtschenkos Führung in den Umfragen weiterhin stabil

Das ukrainische Gesetz über die Präsidentschaftswahlen verbietet die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen innerhalb der letzten 15 Tage vor dem Wahltag. Die Demoskopie-Experten begründen diese Gesetzforderung damit, dass die Umfragewerte die Wahlentscheidung der Bürger, die sich zwei Wochen vor dem Urnengang noch nicht auf einen Kandidaten festgelegt haben, beeinflussen können. Das psychologische Prinzip „Ich möchte der Mehrheit angehören“ führt dazu, im Zweifelsfall zumeist den das Kandidatenrating anführenden Bewerber zu wählen. Den jüngsten Umfragen zufolge haben sich 20% der Wählerschaft noch nicht endgültig für einen Kandidaten entschieden. Diese Prozentzahl stellt eine erhebliche Reserve dar und erklärt die große Anzahl unterschiedlicher Umfragewerte, die bis zum 15. Oktober den Wahlstäben noch Rätsel über die dann noch in den verbleibenden zwei Wochen anzuwendende Taktik aufgeben werden.

„Wie von uns früher vorgesehen, haben sich die Ratings von Viktor Janukowitsch und Viktor Juschtschenko angeglichen. Alles läuft nach dem Plan, sogar etwas schneller. Wir prognostizierten, dass diese Angleichung nach den ersten Auszahlungen erhöhter Renten kommt, aber das Vertrauen in unseren Kandidaten wächst sehr rasch.“ Diesen Kommentar gab Serhij Tihipko, Leiter des Wahlstabs von Viktor Janukowitsch, am 29. September ab, als die Ergebnisse der Umfrage des russischen (!) Fonds „Gesellschaftliche Meinung“ bekannt gemacht wurden. Gemäß dieser Umfrage würden beide Hauptkontrahenten Janukowitsch und Juschtschenko im ersten Wahlgang je 32% und in der Stichwahl je 38% der Stimmen erhalten. Die Opposition wertet dieses ihrer Meinung nach aus der Luft gegriffene Umfrageergebnis als Versuch, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Die o.g. Werte werden ebenfalls von einem Konsortium führender ukrainischer Demoskopie-Institute – Kiewer Internationales Institut für Soziologie, Sozis-Center, Rasumkow-Zentrum, Zentrum „Soziales Monitoring“ und Fonds „Demokratische Initiativen“ – in Frage gestellt. Diesen fünf Institutionen zufolge, die sich

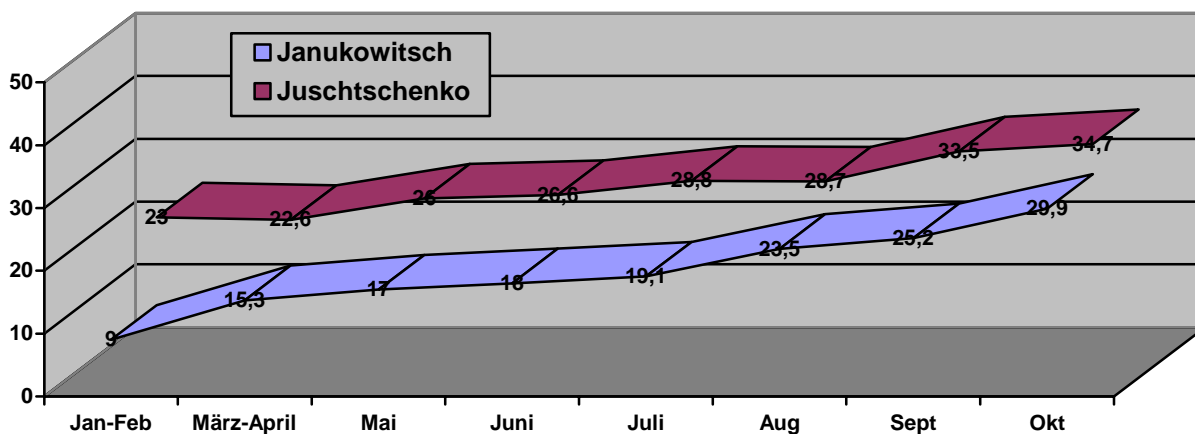
zwecks allukrainischer Meinungsumfragen zusammengeschlossen haben, liegt Juschtschenko stabil sechs bis acht Prozentpunkte vor Janukowitsch.

Sonntagsfrage Präsidentschaftswahl 1.Runde*



Die pausenlose und erbarmungslose Kampagne der Regierung, die auf allen führenden Fernsehkanälen geführt wird, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Vergleicht man das Rating von Janukowitsch Anfang des Jahres mit dem Rating von heute, ist ein steiler Anstieg in der Wählergunst unübersehbar, der einerseits auf die „administrativen Ressourcen“ und andererseits auf populistischen Maßnahmen und Versprechungen der Regierung beruht.

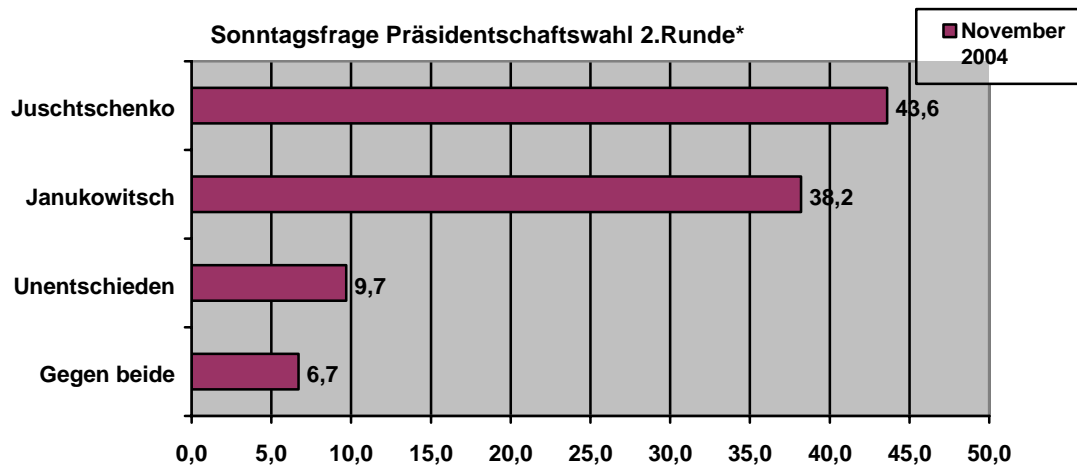
Entwicklung in der Wählergunst seit Anfang dieses Jahres



So hat die Regierung Janukowitsch am 20. September den Beschluß gefaßt, die Renten einmalig um 30% zu erhöhen, was zahlreiche Experten als Bestechung von 10 Millionen ukrainischer Rentner (fast ein Drittel aller Wähler) bezeichnen. Die Regierung weist diesen Vorwurf zurück und verweist auf das enorme Wirtschaftswachstum und den damit einher gehenden Anstieg im Steueraufkommen, der es ermögliche, benachteiligte Bevölkerungsgruppen am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben zu lassen. Ob diese Maßnahmen die Popularität von Janukowitsch wesentlich steigern werden, bleibt aus der Sicht der Experten fraglich. 72% der Befragten verbinden die Entscheidung der Regierung mit der Wahlkampagne und sehen darin eine indirekte Beeinflussung. Wie sich aber der „Eieranschlag“ auf Janukowitsch in Iwano-Frankiwsk

und der mögliche Giftanschlag auf Juschtschenko im Rating der Spitzenkandidaten niederschlagen wird, werden die letzten Umfragen vor dem Urnengang am 31. Oktober zeigen, die am 15. Oktober veröffentlicht werden.

In der zu erwartenden Stichwahl würde Juschtschenko 43,6% und Janukowitsch 38,2% der Stimmen erhalten. Möglicherweise wahlentscheidend wird sein, wie sich die Stimmen der linken Kräfte verteilen werden. Die Wählerschaft von Kommunistenchef Simonenko mit 6,8%, des Sozialistenführers Moros mit 5,6% und der progressiven Sozialistin Natalija Witrenko mit 1,2% könnte das Zünglein an der Waage spielen.



* Umfragewerte ermittelt durch das Konsortium ukrainischer Demoskopie-Institute

In einer Stichwahl würden 42% der Stimmen von Moros an Juschtschenko fallen, 20% an Janukowitsch und 23% würden gegen beide abstimmen. Die Stimmen von Simonenko hingegen würden im wesentlichen Janukowitsch zufallen (32%) und nur 12% an Juschtschenko gehen. Ein gutes Drittel der Kommunistenanhänger (35%) stimmt in der Stichwahl gegen beide ab. Nicht umsonst spielte Janukowitsch in diesen Tagen eine alte Karte aus, die noch vom jetzigen Amtsinhaber Kutschma erfolgreich genutzt wurde, um die linke Wählerschaft an seine Seite zu bringen: die Einführung des Russischen als zweite Amtssprache. Die Tatsache, dass diese Absicht dem Verfassungsartikel 10 widerspricht und in der Kompetenz des Parlaments liegt und Kutschma dieses Vorhaben nicht realisieren konnte, scheint Janukowitsch nicht zu stören.

Die Geographie der Wählergunst bringt bereits Bekanntes zum Ausdruck: in der 2. Wahlrunde würde Juschtschenko die meisten Stimmen in der Westukraine (79%) und in der Zentralukraine (55%) erhalten. Auf Janukowitsch entfallen die meisten Stimmen im Osten (61%) und im Süden (53%) des Landes. Im Osten hat Juschtschenko bekanntlich einen schweren Stand. Dort entfalten die administrativen Ressourcen des Premierministers ihre ganze Kraft und machen einen fairen Wahlkampf nahezu unmöglich.

Angesichts der oben genannten Zahlen, die Juschtschenko zwar immer noch in Führung sehen, aber weit entfernt von 50%, versetzt der Optimismus, den der Leiter seines Wahlstabs Oleksandr Sintschenko verbreitet, wenn er von der Chance spricht, bereits nach dem 1. Wahlgang Juschtschenko zum Präsidenten zu küren, politische Beobachter in Erstaunen. Möglicherweise verfügt „Nascha Ukraina“ über andere Daten, oder hinter seiner Aussage steckt angesichts der Aufholjagd von Janukowitsch das berühmte Pfeifen im dunklen Wald.

Die Absicht unbedingt zur Wahlurne zu gehen, äußerten 71% der Bevölkerung. Weitere 17% werden mit großer Wahrscheinlichkeit zu den Wahlen gehen, so dass eine hohe Wahlbeteiligung zu erwarten steht.

Obwohl Juschtschenko schon seit Monaten in den Meinungsumfragen vor seinem ärgsten Widersacher Janukowitsch liegt, wäre es verfrüht, schon jetzt auf seinen Sieg zu setzen, denn zu offensichtlich sind schon jetzt die Manipulationen und die ungewöhnlich massive Einmischung von außen, die allerdings nicht nur ausschließlich in Russland ihren Ursprung hat. Kein Zweifel: Juschtschenko erfreut sich vor allem aufgrund seiner moralischen Integrität einer höheren Popularität als der vorbestrafte amtierende Premierminister. Obwohl nach Meinungsumfragen eine breite Mehrheit der Bevölkerung die Zeit für einen politischen Richtungswechsel gekommen sieht und Juschtschenko die besten Aussichten auf einen Wahlsieg einräumt, sehen die meisten aber Janukowitsch als Sieger. Immerhin: Im Vergleich zu Russland und Weißrussland haben die Ukrainer eine echte Alternative. Nur müssen die Wahlen fair und demokratisch ablaufen.

Der unfairste Wahlkampf in der jungen Geschichte der Ukraine – eine Zwischenbilanz

Die ersten Wochen und Monaten des Kampfes um das höchste Staatsamt haben gezeigt, dass freie, faire und transparente Wahlen in der Ukraine immer noch Zukunftsmusik bleiben. Die Berichte über die Unregelmäßigkeiten und Verstöße häufen sich fast täglich. Nach Aussage von Mykola Kateryntschuk, Abgeordneter der Fraktion „Nascha Ukraina“ und Leiter des juristischen Dienstes des Wahlstabs von Viktor Juschtschenko, sind ihm bereits mehr als 2000 Verstöße gegen das Wahlgesetz gemeldet worden. In mehr als 150 Fällen urteilten die Gerichte zugunsten der Kläger. Den Anfang der Verfehlungen bildete die Unterschriftensammlung für den Kandidaten der Macht. Für die Unterschriftenaktion zugunsten des amtierenden Ministerpräsidenten Janukowitsch wurden nicht selten die „administrativen Ressourcen“ mobilisiert; oft wurde auch über direkte und eklatante Verstöße berichtet. Manchmal nahm der Zwang groteske Züge an: in einer ländlichen Gegend in der westukrainischen Region Lemberg zum Beispiel weigerten sich die Behörden, Kühe zu impfen. Erst mußte deren Besitzer eine Unterschrift für Janukowitsch leisten. Aus Dnipropetrowsk wurde berichtet, dass einige Patienten die Unterschriftenliste für den amtierenden Ministerpräsidenten unterschreiben mußten, um einen Arzt sprechen zu dürfen. Die Reihe fragwürdiger Massnahmen, zu denen die Wahlhelfer von Janukowitsch griffen, um aus wahltaktischen Gründen eine möglichst große Unterstützung des Kandidaten in der Bevölkerung zu suggerieren, läßt sich beliebig fortsetzen. Kein Wunder, dass sein Wahlstab auf diese Weise über sieben Millionen Unterschriften präsentieren konnte, weit mehr als die erforderlichen 500.000.

Der Wahlstab von Janukowitsch und sein Stableiter Serhij Tihipko, Vorsitzender der regierungsfreundlichen Partei „Werk tätige Ukraine“, der als „politisch unabhängiger“ Nationalbankchef für den Wahlkampf einen mehrmonatigen Urlaub genommen hatte, wiesen bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, an einem fairen Wahlkampf interessiert zu sein und distanzierten sich mehrmals von solchen Praktiken, die allerdings nicht abreißen.

Für die meisten anderen bekannten Kandidaten (von ursprünglich 26 sind heute immer noch 24 Bewerber im Rennen) wie z.B. Viktor Juschtschenko, Sozialistenchef Oleksandr Moros und Kommunistenchef Petro Simonenko verlief die Unterschriftensammlung weitgehend unbemerkt. Selbst den vielen unbekanntem Bewerbern ohne richtige Partei- und Finanzbasis (im besten Fall steht eine exotische Partei, auch als Taxipartei bezeichnet, hinter einem Außenseiter) gelang es mühelos, die erforderlichen 500.000 Unterschriften in allen ukrainischen Regionen sammeln. Diese wurden durch die Zentrale Wahlkommission nach einigen Stichproben anerkannt, obgleich die Echtheit der Unterschriften Beobachtern nicht unberechtigte Zweifel aufkommen ließ. Folglich verbreiteten sich schon bald Gerüchte, dass die Unterschriftenaktionen durch die Behörden und den Wahlstab von Janukowitsch gesteuert und logistisch unterstützt worden waren.

Die meisten Bewerber werden mit dem Ausgang der Wahlen wenig zu tun haben. Sie spielen keine entscheidende Rolle, sondern werden von Beobachtern als „technische“ Kandidaten eingestuft. Sie sollen im Wahlkampf für den einen oder anderen Favoriten bestimmte ihnen zugewiesene Funktionen übernehmen. Die meisten von ihnen werden dem Lager des Premierministers zugerechnet. Es reicht bereits eine besonders schmutzige und brutale Kritik am Gegenkandidaten Juschtschenko, um sogar als „technischer“ Kandidat das Interesse der Medien zu gewinnen und sich bemerkbar zu machen. Von großer Bedeutung dagegen sind sie als Instrument zur Kontrolle über die Wahlkommissionen. Laut Wahlgesetz kann jeder Kandidat unabhängig von seinen Wahlchancen und seinem weiteren Kandidatenstatus zwei Vertreter in die Kommissionen delegieren. Je nach den Mehrheitsverhältnissen in einer Kommission kann deren Arbeit blockiert werden. Angesichts der großen Zahl von Janukowitsch zugeneigten „technischen Kandidaten“ kann man schon jetzt davon ausgehen, dass in vielen Wahllokalen (vor allem im Westen, wo Juschtschenko mit einer breiten Mehrheit rechnen kann) die Ergebnisse von Wahlkommissionen aus formalen Gründen für ungültig erklärt werden. Der Erfindungsreichtum trägt zuweilen groteske Züge: es ist im Westen der Ukraine sogar vorgekommen, dass sogenannte „tote Seelen“ (vor einigen Jahren verstorbene Personen) als Kommissionsmitglieder benannt worden sind.

Problematisch für die Kandidaten von der Opposition bleibt der Zugang zu den Medien. Auf deren Hilfe und Unterstützung kann vor allem der Spitzenkandidat der Opposition nicht zählen. Die wichtigsten staatlichen Sender berichten nur selten über Juschtschenko. Die Aktionen von „Nascha Ukraina“ und politische Erklärungen des oppositionellen Politikers finden in den durch den Staat oder durch Oligarchen kontrollierten Medien, die nahezu geschlossen Janukowitsch unterstützen, einfach nicht statt. Wenn überhaupt, dann sieht man im Fernsehen nur kritische oder sogar stark manipulierte Beiträge über Juschtschenko und seine Anhänger, die ihn in einem möglichst negativen Licht erscheinen lassen und ihn sogar in die Nähe fragwürdiger Elemente wie antisemitisch geprägte Gruppen rücken. Die großformatige Berichterstattung über Janukowitsch wird dagegen immer in positiven Tönen gehalten und mit seinen Leistungen im Amt des Ministerpräsidenten in Verbindung gebracht. Der einzige oppositionsfreundliche Fernsehsender „Kanal 5“, hat in der letzten Zeit dagegen immer größere Probleme mit der Einspeisung in die Kabelnetze und ist in einigen Landesteilen nicht empfangbar.

Auch bei der Anbringung der Wahlplakate kann von einer Chancengleichheit der Kandidaten keine Rede sein. In seinem letzten Bericht stellt das Wählerkomitee einen massiven Einsatz der Behörden bei der Werbung für den amtierenden Ministerpräsidenten fest. Die Staatlichen Eisenbahnen oder der Rentenfonds würden offen für Janukowitsch Wahlwerbung betreiben. Die Wahlhelfer der oppositionellen Kandidaten berichten dagegen ständig über Behinderungen, Einschüchterungen und Schikanen; die Plakate werden nicht selten bereits wenige Stunden später von Unbekannten entfernt oder in Redaktionen kritischer Zeitungen bricht zufällig ein Feuer aus. Wahlhelfer werden festgenommen, Plakate beschlagnahmt. Allerdings wurden im Westen der Ukraine auch Fälle bekannt, wonach die Polizisten sich nach der Festnahme bei den zumeist jungen Aktivisten entschuldigten und um Verständnis für ihre schwierige Situation als Staatsbeamte warben, die auch gegen ihre Überzeugung Befehle ausführen müssen. In vielen Städten im Osten des Landes sieht man nur einen Kandidaten, diesen aber wirklich überall. Es ist Viktor Janukowitsch. Im ostukrainischen Charkiw zieren die Plakate mit seinem Konterfei nicht nur große Ständer, sondern auch sämtliche Auslagen in den Geschäften und sogar Haltegriffe in den Bussen. Werbung von anderen Kandidaten – Fehlanzeige. Die Behörden der Region haben für solche Zustände eine scheinheilige Erklärung parat – alle Werbeträger gehören privaten Unternehmen, und diese vermieten die Flächen nach ihrem Belieben.

Kaum Wettbewerb der Programme

Insgesamt verläuft der Wahlkampf ohne klare programmatische Auseinandersetzungen. Die beiden Kandidaten und Wahlstäbe verhaken sich in kleinen Sticheleien und gegenseitigen Anschuldigungen. Über politische Inhalte wird kaum diskutiert, obwohl die Themen, die Bürger interessieren, mit den Händen zu greifen sind: zum Beispiel der rasante Niedergang des Sozialsystems, Arbeitslosigkeit, Umwelt und das leidvolle Dauerthema Korruption. Die Wahlprogramme beider Kandidaten sind allerdings wenig präzise und nur sehr allgemein formuliert. Vorrangig steht der soziale Bereich im Mittelpunkt. Doch obwohl das Programm von Juschtschenko insgesamt besser strukturiert und in einigen Punkten etwas konkreter ist, häufen sich bei beiden Kandidaten Vorschläge, die kaum realisierbar sind und populistisch wirken. Das zentrale Wahlversprechen von Juschtschenko, die Schaffung von 5 Millionen neuen Arbeitsplätzen durch den Zufluß ausländischer Investitionen und Steuersenkungen, ist genauso utopisch wie die Senkung der Mehrwertsteuer auf 12 Prozent und Anhebung der Löhne um 150 Prozent, was Janukowitsch dem Wahlvolk verspricht. Janukowitsch ist in seinem Wahlkampfeifer bereits sehr weit gegangen. Die im September vorgenommenen Stipendien- und Rentenerhöhungen (die Renten wurden auf das Existenzminimum angehoben; im unteren Segment bedeutete dieser Schritt eine Verdoppelung des Einkommens) haben bereits die Inflation angekurbelt und für Unruhe auf den Geldmärkten gesorgt. Die Preise für einige Lebensmittel sind Anfang Oktober teilweise um bis zu 50 Prozent in die Höhe geschossen und die Nationalwährung Griwnja büßte an Stabilität ein, während der Chef der Nationalbank in seinem Urlaub Wahlkampf betreibt. Zwar versucht die Nationalbank den Umtauschkurs stabil zu halten, doch die panikartigen Dollarkäufe der Bevölkerung drückten den Kurs immer weiter nach unten. Ferner versucht die Regierung unter dem Druck der steigenden Ölpreise die Benzinpreise durch administrative Massnahmen zu drosseln, nachdem die Opposition der Regierung die Schuld für die Preissteigerungen in die Schuhe geschoben hat. Vergeblich, wie die Blicke frustrierter ukrainischer Autobesitzer auf die Tankrechnungen zeigen.

Doch Juschtschenko gelingt es nicht, die Fehler der Regierung zu seinem Vorteil zu nutzen. Zwar ist er im Moment durch seine mysteriöse Krankheit gesundheitlich stark angeschlagen, aber auch früher hat der oppositionelle Politiker eher abstrakt über die „verbrecherischen Machtstrukturen“ gesprochen und versprochen, die „Banditen hinter Gitter zu bringen“, aber seinen Konkurrenten inhaltlich kaum in Verlegenheit gebracht. Nachdem Juschtschenko sich plötzlich am 5. September in seiner Gesundheit beeinträchtigt fühlte und anschließend am 10.



September in einer Wiener Klinik mit dem nicht von der Hand zu weisenden aber bislang nicht bewiesenen Verdacht auf einen Giftanschlag behandelt werden mußte, ist er nach wie vor physisch nicht voll einsatzbereit. Der erste positive Effekt nach seinem Auftritt im Parlament am 21. September und seinem öffentlichen Wahlkampfauftritt vor mehr als 70.000 Anhängern in Kiew wenige Tage zuvor, als das ganze Land einen gesundheitlich zwar beeinträchtigten aber entschlossenen und mutigen Politiker gesehen hat, ist bereits verpufft, und die Diskussionen um seine Vergiftung arten

bedauerlicherweise allmählich in eine Posse aus – ein gefundenes Fressen für die regierungstreuen Medien und Anlaß für das Entstehen weiterer Verschwörungstheorien in einem an Gerüchten und Vermutungen nicht armen Kiew. Ist er nun vergiftet worden oder nicht? Waren, wie die letzten Verlautbarungen der Wiener Klinik vermuten lassen, Substanzen bei ihm gefunden worden, die in Verbindung mit biologischen Waffen stehen?¹ Wer steckt dahinter und welches sind die Motive für einen Anschlag? Hier scheint sich ein Politthriller zu entwickeln,

¹ Auf dem Bild: Juschtschenko am 10.10.2004 nach der Behandlung in der Wiener Klinik „Rudolfinerhaus“

wie ihn kein Krimiautor sich besser hätte ausdenken können. Ob der mit 425 von 450 Stimmen vom Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz des ehemaligen Geheimdienstlers Wolodymyr Siwkowitsch (Fraktion „Zentrum“) sachlich und unvoreingenommen seiner Aufgabe nachkommen und Licht in die mysteriöse Angelegenheit bringen kann, ohne von beiden Seiten instrumentalisiert zu werden, darf angesichts der aufgeheizten Stimmung bezweifelt werden. Für Juschtschenko und seine Umgebung stehen die Täter bereits fest. Auf einer öffentlichen Kundgebung sagte er: „Es hätte sein können, dass ich heute nicht hier stehe. Aber ich möchte den Behörden sagen: Ihr werdet uns nicht vergiften, ihr werdet uns nicht zerstören.“ Dass Juschtschenko längere Zeit nicht aktiv in den Wahlkampf eingreifen konnte und kürzlich in Wien unerwartet eine Woche lang nachbehandelt werden mußte, ist in der heißen Phase des Wahlkampfes ohne Zweifel ein großer Nachteil für ihn. Seine Hausaufgaben in der verbleibenden Zeit werden darin bestehen, sich als allukrainischer Führer darzustellen, der das Land einen und nicht spalten wird und auf organisatorischer Ebene Sorge zu tragen, die Konkurrenz innerhalb seines Wahlbündnisses in den Griff zu bekommen und die Effektivität seines zentralen Wahlstabs zu erhöhen.

Aber auch der Wahlstab von Janukowitsch vermochte die Schwäche seines Hauptkonkurrenten bisher jedoch nicht wirksam zu nutzen. Im Gegenteil: der „Anschlag“ auf den Ministerpräsidenten im westukrainischen Iwano-Frankiwsk am 24. September, bei dem Janukowitsch nach einem Treffer durch einen Gegenstand wie vom Blitz getroffen ohnmächtig zu Boden fiel und auf der Intensivstation des Krankenhauses behandelt werden mußte, entpuppte sich letztendlich als ein Eiwurf. Dieser Ei-Anschlag, für den natürlich sofort der politische Gegner verantwortlich gemacht wurde, hat dem Ansehen des Kandidaten, der sich gerne als starke Persönlichkeit in der Öffentlichkeit darstellt, zweifellos geschadet und für Spott und Gelächter im ganzen Land und witzige Spiele im Internet gesorgt. Gleichzeitig – und dies ist der politische Schaden – hat der „Anschlag“ im Westen des Landes jedoch auch für eine Vertiefung der Kluft zwischen Ost und West in der Ukraine gesorgt. Als wäre dadurch seinem Wahlkampf noch nicht genug Schaden zugefügt worden, fügte Janukowitsch Anfang Oktober seinem Wahlprogramm drei weitere Punkte hinzu, von denen die ersten beiden in der Bevölkerung im höchsten Masse umstritten sind: die Einführung der russischen Sprache als zweite Amtssprache, die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft sowie die Absage an eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Dass dies kein gelungener Coup war, bezeugt nicht zuletzt die Reaktion des noch-Präsidenten Kutschma, der sich nach einer Periode längerer Medienabstinenz erneut zu Wort meldet und Janukowitsch öffentlich zum wiederholten Male abkanzelt, indem er ihn davor warnt, nicht Dinge zu versprechen, die er nicht halten kann.

Alles unter Kontrolle?

Die Regierung versucht, im Wahlkampf einen Keil zwischen den Osten und den Westen zu treiben und die Faktoren „Angst“ und „Unsicherheit“ zu Bestandteilen ihrer Strategie zu machen. Die Wahlkampfstrategen bemühen sich, Juschtschenko als einen „Ultranationalisten“ und „Agenten der USA“ darzustellen mit dem Ziel, die Wähler im bevölkerungsreichen Osten des Landes zu verunsichern². Die Spannungen in der Gesellschaft werden gezielt geschürt – ein äußerst gefährliches Spiel mit dem Feuer. Diese Situation will Präsident Kutschma offensichtlich zu seinem Vorteil nutzen und seine Person wieder ins Spiel bringen. Auf Initiative von Kutschma soll über den Wahlkampf und die „gefährlichen Tendenzen“ in der Gesellschaft nun der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat beraten. Kutschma will offensichtlich noch einmal zeigen, dass er alles unter Kontrolle hat. Doch diese Taktik zielt wohl weniger auf eine direkte Anwendung von Gewalt, wie es in den Verschwörungsszenarien einiger oppositionellen Politiker dargestellt wird (Ausnahmestand, Wahlsabotage), als auf die Kontrolle über den

² Beispiele dafür s. im Anhang

Wahlgang. Diesem Zweck dürfte möglicherweise die jüngste Absetzung des Verteidigungsministers dienen: Jewhen Martschuk, einst Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat von 1999 galt schon lange als unsicherer Kantonist. Seine Erklärung, dass die Streitkräfte bei den Wahlen neutral bleiben, dürfte vom Präsidenten in der Art und Weise interpretiert worden sein, dass die Stimmabgabe von Soldaten und Offizieren zugunsten des offiziellen Machtkandidaten nicht sichergestellt ist. Auf seinen Nachfolger Oleksandr Kusmuk ist dagegen Verlaß. Es ist anzunehmen, dass er mit dem Gesetz weniger zimperlich umgehen wird. Der umstrittene General, der zwischen 1996 und 2001 bereits Verteidigungsminister war, mußte nach zwei Katastrophen gehen: nach der Zerstörung eines Wohnhauses durch eine Übungsrakete im Jahr 2000 in der Nähe von Kiew und anderthalb Jahre später nach dem Abschluß eines russischen Passagierflugzeugs über dem Schwarzen Meer. Nebenbei wird mit dieser Ernennung auch die Kontrolle über die Armee für den Fall von ernsthaften gesellschaftlichen Unruhen gesichert. Dass Kusmuk wenig von der Einhaltung von Gesetzen hält, hat er kürzlich zum wiederholten Male bewiesen. Obwohl das ukrainische Gesetz eine Trennung von Amt und Mandat vorschreibt, hat sich der 50-jährige General geweigert, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen – mit der Begründung, dass er sich seinen Wählern verbunden fühlt und ihre Erwartungen an ihn nicht enttäuschen darf.

Die Gefahr der Wahlfälschungen

Nach den zahlreichen Unregelmäßigkeiten und Verstößen gegen das Wahlgesetz wäre es naiv anzunehmen, dass sich die Situation in der Endphase verbessern wird. Ganz im Gegenteil: sehr wahrscheinlich werden sich der Druck und die Schikanen der Behörden weiter verstärken. Der Informationsblockade und manipulierten Berichterstattung in den kontrollierten Medien hat die Opposition keine wirksamen Mittel entgegen zu setzen. Der Opposition bleibt als einzige Chance der persönliche Dialog mit den Wählern und die direkte Haus-zu-Haus Wahlwerbung. Die zunehmende Kritik aus dem Ausland wird die Koalition des offiziellen Machtkandidaten nicht davon abhalten, den Wahlkampf ohne jegliche Tabus weiter zu führen. Nicht auszuschließen ist, dass die ausländische Kritik von den Machthabern instrumentalisiert wird und dem Teil der Bevölkerung, der noch unentschlossen ist, als Einmischung fremder Kräfte in die inneren Angelegenheiten der Ukraine verkauft wird. Außerdem stehen den Behörden eine breite Palette von Möglichkeiten zu Verfügung, die Wahlergebnisse zu manipulieren, die nur schwer von der Opposition und den Wahlbeobachtern unter Kontrolle gehalten werden können. Besonders problematisch wird ein freies Wählervotum in geschlossenen Anstalten (Gefängnisse, psychiatrische Anstalten) sein; auch in der Armee, wo die Soldaten immer noch geschlossen in den Uniformen hinter dem Kommandeur zu den Wahlurnen marschieren, ist eine freie Stimmenabgabe kaum möglich. Die Wahlen im Ausland – immerhin arbeiten heute sogar nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen zwei bis sieben Millionen Ukrainer im westlichen Ausland und der GUS – lassen ebenso große Zweifel an deren Offenheit und Fairness aufkommen. Wie die Erfahrung der vergangenen Wahlen zeigt (Parlamentswahlen 2002, Bürgermeisterwahl in Mukatschewo 2004), sind auch unter den Augen von Wahlbeobachtern der massive illegale Einwurf von zusätzlichen ausgefüllten Wahlzetteln für den Machtkandidaten, eine nicht korrekte Auszählung der Stimmen oder sogar gefälschte Wahlprotokolle möglich und zu erwarten. Die transparenten Wahlurnen aus Glas (ein Novum bei diesen Präsidentschaftswahlen und wahrscheinlich das einzig Transparente bei den ganzen Wahlen) können zusätzlich zur Einschüchterung der Wähler, insbesondere in ländlichen Gegenden, genutzt werden. In den Regionen, wo die Bevölkerung bekanntlich Sympathien mit dem Oppositionskandidaten bekundet, wird man dagegen versuchen, die Wähler von der Stimmabgabe abzuhalten. Bereits heute gibt es Meldungen über die Zusammenlegung von Wahllokalen (die Wähler aus den ländlichen Gegenden in der Westukraine müssen oft bis zu 40 Kilometern zum Wahllokal fahren), oft werden sie in ungeeigneten und äußerst engen Räumen eröffnet, so dass lange Schlangen vorprogrammiert sind. Nicht zu unterschätzen ist auch die

Gefahr, dass die Behörden versuchen werden, die Ergebnisse in einigen Wahlkreisen für nichtig zu erklären. Es mehren sich Berichte über eine Blockadetaktik in den Wahlkommissionen – dort haben die Vertreter der technischen Kandidaten die Mehrheit. Viele lokale Wahlkommissionen konnten bisher ihre Arbeit nicht aufnehmen, und wenn es am Wahntag kein Quorum gibt (das Gesetz schreibt zwei Drittel der Kommissionsmitglieder vor), kann die Kommission keine legitimen Entscheidungen treffen.

Für die meisten Beobachter stellt sich nicht die Frage, ob es zu Manipulationen kommen wird, sondern wie umfangreich sie sein werden. Es wird für die Behörden kein Problem darstellen, drei oder vier Prozent zu fälschen – große Protestaktionen werden wahrscheinlich ausbleiben, die Aufregung im Ausland wird sich nach anfänglicher Kritik einige Monate später legen und man wird nach einer Karenzzeit zum Tagesgeschäft übergehen. Viel problematischer wird es sein, wenn für einen „Wahlsieg“ zehn Prozent oder mehr gefälscht werden müssen, und heute deutet alles darauf hin, dass der Vorsprung von Juschtschenko sich relativ konstant in diesen Grenzen hält. In diesem Fall geht es eigentlich schon um eine totale Wahlfälschung und um die Frage, ob die Macht zu einem solchen Schritt tatsächlich bereit ist. Vor den öffentlichen Protesten hat man eher keine größere Angst – die Erfahrungen der letzten Jahre zeugen davon, dass die Passivität und allgemeine Gleichgültigkeit in der Bevölkerung doch sehr stark verbreitet sind. Allerdings wäre laut den jüngsten Umfragen rund ein Fünftel der Wähler bereit, für ihre Rechte zu demonstrieren.

Auf der anderen Seite wird im Fall einer erheblichen Manipulation aber auch die Reaktion im Westen ungleich schärfer ausfallen. Obwohl eine völlige internationale Isolierung eher unwahrscheinlich ist, sind die Drohungen aus dem US-Kongreß ein ernst zu nehmendes Signal für die ukrainischen Machthaber. Denn an einer Isolierung sind die heutigen Eliten und Wirtschaftsgruppen schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht interessiert. In ihrem Interesse wäre schon eher die Beibehaltung des Status quo, was in der gegenwärtigen Situation aber unwahrscheinlich ist. Ein wie auch immer zustande gekommener Sieg von Janukowitsch könnte der Ausgangspunkt für erhebliche Umverteilungen im aktuellen Machtgefüge werden und zu einer deutlichen Stärkung der Donezker Gruppe führen, als deren Vertreter der ukrainische Ministerpräsident allgemein angesehen wird. Bei der Konkurrenz aus Dnipropetrowsk oder Kiew, die die Ausdehnung des Machtbereichs der Donezker Gruppe schon jetzt mit gemischten Gefühlen sieht, wird dies sicherlich als Bedrohung ihrer Einflußsphäre interpretiert werden. Sollte ein Wahlsieg von Janukowitsch zudem noch durch massive Manipulationen erreicht worden und mit Sanktionen und internationaler Isolierung verbunden sein, wird für viele Unternehmer eine Schmerzgrenze erreicht, die Juschtschenko als unterstützenswerte Alternative erscheinen läßt. Aus diesem Grund ist heute die Koalition um Janukowitsch doch nicht so geschlossen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die politischen Lager und Wirtschaftsgruppierungen sind in Bewegung gekommen und auf der Suche nach demjenigen Kandidaten, der ihnen und ihren Interessen am wenigsten im Wege steht beziehungsweise, von dem sie sich die meiste Unterstützung erhoffen.

Aber auch ein Wahlsieg von Juschtschenko wird viele Unwägbarkeiten mit sich bringen. Auch er weiß, dass ohne die finanzielle und organisatorische Rückendeckung von starken Finanzkreisen niemand Präsident werden kann. Wird Juschtschenko die Kraft aufbringen, sich dem Wunsch seiner Umgebung, die seinen Wahlkampf finanziert, nach Eigentumsverteilung erfolgreich widersetzen zu können? Wird er bereit sein, einen Kompromiß mit den Oligarchen (zumindest mit Teilen der mächtigen Gruppen) zu schließen? Wird er die Korruption erfolgreich bekämpfen können? Auf die Frage, ob ihm die ukrainische Bevölkerung zutraut, diese Herkulesarbeit zu erledigen, werden die ukrainischen Wähler und die Wahlen, deren Ausgang im Moment völlig offen und schwer zu prognostizieren ist, die Antwort geben. Immer unter der Voraussetzung, dass die Wahlen überhaupt stattfinden.

Anhang: Aktuelle Beispiele der Schmierkampagne gegen Juschtschenko

Millionen dieser unten gezeigten und anderer Wahlplakate gegen Juschtschenko wurden in der vergangenen Woche in einer Druckerei und in einem Lagerhaus in Kiew entdeckt und beschlagnahmt. Der Wahlkampfstab von Juschtschenko stellte gegen den Besitzer der Druckerei Strafanzeige. Durch den mit der Entdeckung der Poster verbundenen Medienrummel und das Erscheinen der Plakate im Internet erhielten sie eine große öffentliche Aufmerksamkeit. Sie sind ebenso in aller Munde wie die beliebten Internetspiele zur Ei-Attacke auf Janukowitsch und zieren die Titelseiten von Zeitungen. Damit wurde das Thema des amerikanischen Interesses und Einflusses im ukrainischen Wahlkampf in die öffentliche Diskussion eingebracht und überlagert die Kontroverse in die russische Einmischung.

Die Legitimität dieser Plakate kommentierte der Vertreter von Janukowitsch in der Zentralen Wahlkommission Stepan Gawrisch MP wie folgt: „Jeder Präsidentschaftskandidat hat das Recht, seine Agitation gegen den anderen Kandidaten so zu führen, dass dessen Ruf und Würde sowie die Rechte und Freiheiten der Menschen nicht verletzt werden und mit einem gewaltsamen Wechsel der Ordnung nicht verbunden ist“.

Juschtschenko und sein Stab sehen das natürlich anders. Auch die Botschaft der USA fand die Plakate nicht lustig und reagierte erwartungsgemäß empört.



„Bist du auf den Bürgerkrieg bereit?“



„Ja! Juschtschenko ist unser Präsident“



„Wir sind für „Nascha Ukraina“



Auf dem Plakat, das in Farben und mit dem Logo des Wahlbündnisses „Nascha Ukraina“ angefertigt ist, wird die Ukraine in drei Kategorien/Sorten geteilt. Die Ostukraine, wo die Unterstützung für Juschtschenko am niedrigsten ist, wird als „niedrigste Sorte“ gekennzeichnet. Auf dem Plakat heißt es „So sieht *ihre* Ukraine aus.“ „Ukraine, mach die Augen auf!“ („*ihre* Ukraine“ ist eine Anspielung auf den Namen des Wahlbündnisses von Juschtschenko „Unsere Ukraine“)